



# HESSISCHER LANDTAG

05. 02. 2014

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz der Grundrechte und des hessischen Datenschutzes - Überwachung durch ausländische Geheimdienste unterbinden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Hessen eine lange und gute Datenschutz-Tradition hat, die es zu schützen und fortzuentwickeln gilt. Der Landtag setzt sich dafür ein, den hohen hessischen datenschutzrechtlichen Standards auch international Geltung zu verschaffen. Der Landtag appelliert daher an die internationale Gemeinschaft, Abkommen über verbindliche Standards und Regeln zum Schutz des freien Datenverkehrs aufzustellen, die geeignet sind, die Freiheitsrechte der Menschen zu schützen. Der Landtag begrüßt die Bemühungen für ein Zustandekommen einer europäischen Datenschutzreform und ersucht die Landesregierung darum, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine schnelle Umsetzung einzusetzen.
2. Der Landtag stellt fest, dass Grundrechte und Datenschutz selbstverständlich auch im Internet gelten. Die anlasslose Überwachung des Kommunikationsverkehrs durch US-amerikanische und britische Geheimdienste verletzt das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aller betroffenen Menschen.
3. Der Landtag kritisiert die Rechtsverletzung der Bürgerinnen und Bürger durch diese unverhältnismäßige, umfassende und anlasslose Datenerhebung und -verarbeitung. Dass Geheimdienste insbesondere verbündeter Länder den deutschen Datenverkehr umfassend ausspionieren, ist nicht akzeptabel. Der Landtag fordert alle beteiligten Länder auf, diese geheimdienstliche umfassende Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern unverzüglich zu beenden und die Öffentlichkeit umfassend über alle bisher vorgenommenen Maßnahmen, ihren Zweck sowie die Verwendung der gesammelten Daten zu informieren.
4. Der Landtag begrüßt bürgerschaftliches Engagement für die Stärkung der Demokratie, digitaler Bürgerrechte und informationeller Selbstbestimmung, wie es im Aufruf renommierter internationaler Autoren: "Die Demokratie verteidigen im digitalen Zeitalter", Ausdruck findet, auch wenn er nicht jede Formulierung vollinhaltlich teilt. Es gilt, konstruktive Lösungen mit allen Beteiligten zu erarbeiten, um das beschädigte Vertrauensverhältnis zwischen Staaten, vor allem jedoch zwischen Regierungen und Bürgerinnen und Bürgern wiederherzustellen.

Wiesbaden, 4. Februar 2014

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**